

Zum Tod von Ernst Engelberg (1909–2010)

MARTIN KRENN

Am 18. Dezember 2010 ist Ernst Engelberg, einer der bedeutendsten Historiker und Geschichtstheoretiker des 20. Jahrhunderts, im 102. Lebensjahr in Berlin verstorben. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke in den Reihen der marxistischen Wissenschaft.

Engelberg, am 5. April 1909 im badischen Haslach als Sohn des kleinen Buchdruckers und Zeitungsverlegers Wilhelm Engelberg noch im Wilhelminischen Kaiserreich geboren, hat Geschichte nicht nur geschrieben, sondern aktiv miterlebt. Vom sozialdemokratisch geprägten Elternhaus und eigener Sozialisation hat er ein gehöriges Quantum der liberalradikalen 1848er-Gesinnung des

deutschen Südwestens mitbekommen; eine weitere Politisierung führte ihn zuerst in den Kommunistischen Jugendverband und während seines Studiums (Geschichte, Nationalökonomie, Philosophie) in Freiburg im Breisgau, München und später Berlin in die Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aufgrund seiner illegalen Widerstandstätigkeit gegen das faschistische Regime – Deckname: „Alfred“ – folgten im Februar 1934, nur wenige Tage nach der mündlichen Verteidigung seiner Doktorarbeit über „Die deutsche Sozialdemokratie und die Bismarcksche Sozialpolitik“ (erst 1959 in modifizierter Form als „Revolutionäre Politik und rote Feldpost

1878–1890“ publiziert), die Verhaftung durch die Gestapo und die Verurteilung zu eineinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat; im Anschluss daran verließ Engelberg Deutschland in Richtung Schweiz. Nach der nicht erfolgten Verlängerung seiner Arbeiterlaubnis und der drohenden Einweisung in ein Schweizer Arbeitslager ging er über Vermittlung Max Horkheimers in die Emigration in die Türkei. Sein Wunsch nach einer sofortigen Rückkehr nach Deutschland ließ sich erst 1948 realisieren – sein Weg führte ihn zuerst an die Pädagogische Hochschule in Potsdam (als Dozent für Deutsche Geschichte), nach Gründung der DDR im Jahr 1949 an die Universität Leipzig. 1951 übernahm er dort das neu gegründete Akademie-Institut für Deutsche Geschichte, 1960 schließlich an der *Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR* das Institut für Deutsche Geschichte. Ab 1969 leitete er die an der Akademie angesiedelte *Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft*. In diesem institutionellen Wirken ist auch das Kaleidoskop der inhaltlichen Schwerpunkte, die Engelbergs wissenschaftliches Oeuvre auszeichnen, abgebildet: die Erforschung der deutschen Geschichte in der Bismarck-Ära, immer geleitet vom Spannungsverhältnis von revolutionärer Arbeiterbewegung und (relativem) nationalstaatlichem Fortschritt durch die Politik des reaktionären preußischen Kanzlers Bismarck auf der einen Seite, geschichtstheoretische Grundlagenarbeit auf der anderen, die in den 1970er Jahren in zahlreiche Referenzwerke zu Fragen der marxistischen Formationstheorie als genuiner Weiterentwicklung der Marx'schen Geschichtsphilosophie einmünden sollte.

aktuellen Politik zu tun hat. Ein Drittel weniger Lohn, dann nur die Hälfte der Pension; immer mehr Teilzeit- und ungeschützte Arbeitsverhältnisse, die nicht existenzsichernd sind; viel zu wenig qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen; ein nicht endender Streit um eine moderne Gesamtschule im Ganztagsbetrieb, das Festhalten der ÖVP am Gymnasium und damit an der Trennung der 10-jährigen Kinder in Haupt- und Mittelschüler, obwohl alle ExpertInnen der Meinung sind, dass dies viel zu früh sei und erst mit 14 Jahren entschieden werden könne, wofür ein Kind sich eignet. Bei diesem längst überholten System kann von Chancengleichheit keine Rede sein; und es gibt viele andere Benachteiligungen im Sozial- und Gesundheitsbereich; die viel zu keine Präsenz von Frauen in Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft: All dies zeigt, wie aktuell der Internationale Frauentag als Kampftag der Frau ist.

Zur Erinnerung an den ersten Internationalen Frauentag in Wien ruft eine überparteiliche Frauenplattform zu einer großen Demonstration am 19. März 2011 auf. Im Aufruf „Frauen, gemeinsam verändern wir die Welt und uns selbst!“ heißt es u.a.: „Vor 100 Jahren, am 19. März 1911, fand in Wien die erste große Demonstration für die Rechte von Frauen statt. An die 20.000 Personen – mehrheitlich Frauen – marschierten damals auf der Ringstraße zum Rathaus. Ihre Anliegen waren: allgemeines Frauenwahlrecht, Arbeitsschutzgesetze, Mutter- und Kinderschutz, 8-Stunden-Tag,

gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Senkung der Lebensmittelpreise, die Einführung einer Sozialversicherung, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Verhinderung des sich am Horizont bereits abzeichnenden 1. Weltkrieges. / Heute, 100 Jahre später, sind viele der damals eingeforderten Rechte umgesetzt, manche werden schon wieder in Frage gestellt, andere noch gar nicht eingelöst und viele neue Forderungen und Visionen sind dazugekommen.“ Es folgt ein umfangreicher Forderungskatalog und abschließend der Aufruf an alle Frauen, sich an der Demonstration am 19. März zu beteiligen.

Unsere Welt braucht die aktive Teilnahme der Frauen, die internationale Solidarität, um grundlegende Veränderungen und ein menschenwürdiges Leben in Frieden durchzusetzen.

Hoch der Internationale Frauentag!

Anmerkungen:

1/ Renate Wurms: Geschichte des Internationalen Frauentages, in: *Volksstimme*, 5.3.1998.

2/ Zit. nach: Deutscher Frauenrat, Newsletter, Nr. 1/2010.

3/ *Volksstimme*, 5.3.1998.

4/ Zit. nach: Renate Wurms: Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Frankfurt/M. 1980, S. 6.

5/ *Volksstimme*, 5.3.1998.

6/ Anna Hornik, in: *Stimme der Frau*, 1960.

7/ Heidi Niederkofler: Mehrheit verpflichtet! Frauenorganisationen der politischen Parteien in Österreich in der Nachkriegszeit. Wien: Löcker 2009, S. 122–125.

8/ *die arbeit*, Nr. 1/1997, S. 20.

9/ *die arbeit*, Nr. 3/2001, S. 4.

Bismarck und die Formationstheorie

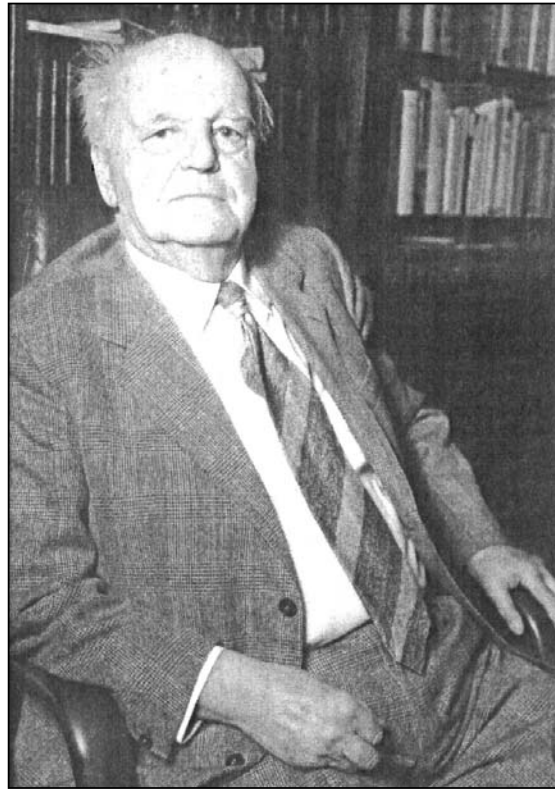
Seine Neubewertung der Rolle Bismarcks, verdichtet dargelegt in den beiden Teilen seiner monumentalen Bismarck-Biografie (Teil I „Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer“ 1985, Teil II „Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas“ 1990, gleichzeitig in einem bundesdeutschen und einem DDR-Verlag gedruckt), die Bismarck eben nicht allein als reaktionären Unterdrücker der aufkeimenden revolutionären Arbeiterbewegung sieht,

sondern die objektive Notwendigkeit des staatlichen Einigungsprozesses Deutschlands als eine Art „Revolution von oben“ (Bismarck II, 648) beschreibt (mit dem preußischen Kanzler Bismarck als Produkt dieser Entwicklung wie deren Vehikel gleichermaßen), hat dazu geführt, dass der Historiker Engelberg auch nach 1990 noch eine vergleichsweise prominente Rezeption erfuhr. In der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Bismarck-Bildern und in deutlicher Weiterentwicklung seiner eigenen Position aus den 1960er Jahren, die noch die allein reaktionäre Seite der Bismarck'schen Politik nach der Reichsgründung betont, verortet er die Person des preußischen Kanzlers im Spannungsbogen objektiver Gegebenheit und subjektiver Möglichkeit, in den Worten seiner großen Biografie: „Freiheit in der Gebundenheit“ (Bismarck I, S. 571). Bismarck habe durch seine Politik „nicht allein das nationalstaatliche Testament der deutschen Revolution von 1848/49“ vollstreckt, sondern sich „im Strom der allgemeinen Geschichte seiner Zeit“ bewegt. Entscheidend sei nicht zuletzt der Abgang von Bismarck gewesen: Erst die Nachfahren, der voll auf eine imperialistische Weltmacht-Politik

einschwenkende Wilhelminismus und das ihn tragende Bürgertum, hätten seine Politik „vertan“ (Bismarck II, S. 648f.). Wolfgang Küttler, Engelbergs wichtigster wissenschaftlicher Wegbegleiter seit den 1970er Jahren, sieht in der Bismarck-Biografie das Bemühen um die „Einheit einer widersprüchlichen Nationalgeschichte, die er ebenso von einem konsequenten antifaschistischen und antimilitaristischen Standpunkt aus wie auch in klarer Abgrenzung von jeder Art des nationalen Nihilismus begreift“.

Dieser ungebrochenen Rezeption des Bismarck-Historikers Engelberg steht eine weitgehende Ausklammerung des Geschichtstheoretikers gegenüber; eine Tatsache, die dem Umstand einer Gesamtverwerfung der Marx'schen Geschichts- und Gesellschaftstheorie nach 1989/90 im nunmehr wiedervereinigten Deutschland (und in dessen Gefolge auch in Österreich) geschuldet ist. Neben der von Walter Markov und der (nicht zuletzt von Markov maßgeblich beeinflussten und von seinem Schüler Manfred Kossok weiterentwickelten) Leipziger Schule der Geschichtswissenschaft betriebenen historischen Revolutionsfor-

schung gehört die von Engelberg und seinen Kollegen an der *Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft* aus der Marx'schen Formationsanalyse gewonnene Formationstheorie zu den originellsten Beiträgen, die die DDR-Geschichtswis-



Ernst Engelberg (1909–2010)

Foto: Nina Höffken

senschaft im Kontext der Weiterentwicklung marxistischer Theoriebildung vorgelegt hat. Das im Jahr 1978 von Küttler und Engelberg ihrem referenzstiftenden Sammelband „Formationstheorie und Geschichte. Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin“ zugrunde gelegte Programm einer methodologischen Systematisierung in Verbindung mit einer theoriegeschichtlichen Analyse und forschungspraktischen Anwendung der Marx'schen Kategorie der „ökonomischen Gesellschaftsformation“ basiert auf der Grundlage einer komplexen sozialökonomisch begründeten Gesamtanalyse von Gesellschaften, die in der „Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen“ (Engelberg: Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 16 (1968), S. 1140) einen spezifischen Formationstypus als historische, keineswegs unilinear verlaufende Entwicklungsstufe konstituieren. Daraus resultierenden Fragestellungen wie etwa dem Periodisierungsproblem und der Abgrenzungproblematik

unterschiedlicher Formationstypen hat Engelberg zentralen Stellenwert beigemessen (gesammelt in: *Theorie, Empirie und Methode in der Geschichtswissenschaft*. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1980); die von ihm formulierten Lösungsansätze haben auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt und erfahren zumindest vereinzelt Aufmerksamkeit in den dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb weiterhin trotztenden Zusammenhängen marxistischer und marxistisch inspirierter Wissenschaftler in Deutschland (zuletzt etwa in dem von Wolfgang Küttler und Wolfgang Eichhorn herausgegebenen Band „Was ist Geschichte?“ in den Abhandlungen der Leibniz-Sozietät 2008).

Der politische Mensch Engelberg

Neben dem wissenschaftlichen Werk, das über ein fast acht Jahrzehnte währendes Forscherleben hindurch eine beeindruckende Konsistenz bewahrt hat, soll nicht zuletzt der politische Aktivist Ernst Engelberg in Erinnerung behalten werden: Als Präsident der *Deutschen Historikergesellschaft der DDR* und als Präsident des *Nationalkomitees der Historiker der DDR* (1960–1980) zog er sich aus

der – vor der deutsch-deutschen Annäherung in den 1970er Jahren mit unerbitterlicher Härte geführten – Auseinandersetzung mit der westdeutschen Historikergunft ebenso wenig zurück wie nach der als „Wende“ paraphrasierten Eingliederung der DDR in die westdeutsche Bundesrepublik und dem Ende eines Staates, für dessen Gestaltung er sich mit seiner ganzen Schaffenskraft eingesetzt hatte. Wiewohl schon über 80 an Lebensjahren zählend, bezog Engelberg aktiv Stellung in der Verteidigung des progressiven Erbes der DDR und in den der Wiedervereinigung folgenden sozialen Kämpfen. Er war Mitglied im Ältestenrat der PDS und nach der unter dem Terminus „Abwicklung“ erfolgten Liquidierung der ostdeutschen Akademie der Wissenschaften maßgeblich an der Gründung der Leibniz-Sozietät beteiligt, deren erstem Präsidium unter dem Vorsitz des Nierenspezialisten Horst Klinkmann er als Vizepräsident angehörte. Mit Ernst Engelberg verliert die Sozietät eines ihrer verdientesten Mitglieder, die deutsche und internationale Geschichtswissenschaft einen ihrer bedeutendsten Vertreter im 20. Jahrhundert.